



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Kein Wunder

Wurde früher von Politikverdrossenheit gesprochen, ist seit einigen Jahren zunehmend von Demokratieverdrossenheit die Rede, wie einem Interview von „Arbeit und Wirtschaft“ im Dezember 2022 zu entnehmen ist.

Neben der direkten Demokratie, bei der die Bürger in allen wesentlichen Fragen selbst entscheiden, haben sie bei der repräsentativen Demokratie nur bei den Wahlen die Möglichkeit, in die politischen Strukturen einzugreifen und das auch nur teilweise.

Bei dieser in unserem Land gegebenen Staatsform sollten wir annehmen, dass die Regierenden jeder Initiative der Bevölkerung aufgeschlossen gegenüberstehen müssten, wenn es ihnen wirklich, wie sie ja vor jeder Wahl versprechen, um deren Sorgen und Anliegen geht.

Gerade in der Zeit der Umbrüche, die begonnen haben, wird von den Regierungen die Kluft zu den Bürgern jedoch immer mehr vertieft. So weit, dass statt Gesprächsbereitschaft Polizeigewalt gegen besorgte Menschen eingesetzt wurde und wird, um „Beschlüsse“ durchzusetzen, wie bei der „Stadtstraße“ in Wien, einem Konzernprojekt für Konzerninteressen und damit gegen die Bürger.

Um unser Geld ist den Landesregierungen nichts zu teuer, wenn es um die Zerstörung von Natur und Städten durch absurde Bauprojekte geht.

In Vorarlberg haben besorgte Bürger mit viel Einsatz ein Projekt aus der finsternen Steinzeit des Verkehrswesens, die S18, mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Die Regierung will aber dort und auch in Feldkirch weiter an der Zerstörung des Landes durch den Autoverkehr festhalten.

In Salzburg hat sich eine große Mehrheit der Bürger dagegen ausgesprochen, die Stadt auf ein Loch, den S-Link, zu reduzieren, anstatt endlich die Stadt vom Terror des Autoverkehrs zu befreien.

Statt diese uneigennützig Initiative zur Rettung der Stadt zu akzeptieren, plant die Landesregierung, mit dem Steuergeld der Bürger weitere Abstimmungen durchzuführen, damit die Milliarden in den stadtschädigenden Tunnel fließen.

Warum aber machen das unsere Volksvertreter? „Where the Money Goes“ könnte Antwort geben. Der Weg führt zu Banken und Baukonzernen und zeigt, dass die Politik deren Interessen und nicht die der Bürger und Umwelt vertritt.

Carving-Schi machen Schi-Spaß sicherer

Immer wieder schrecken uns Todesfälle auf der Schipiste. Je voller sie ist, desto unsicherer fühlen wir uns. Die Statistik spricht dagegen.

Acht Millionen Schifahrer tummeln sich jährlich auf unseren Schipisten. Vor allem im Februar ist es voll. Nicht nur bei uns sind Semesterferien, auch in deutschen Bundesländern und Tschechien macht die Schule Pause. In den Niederlanden sind Krokusferien, in Slowenien winkt durch einen Feiertag ein verlängertes Wochenende.

Je voller es auf den Schipisten ist, desto unsicherer fühlen wir uns. „Im gleichen Maß, wie das Schifahren objektiv sicherer geworden ist, ist das Gefühl der Gefährdung durch andere größer geworden, kommt uns vor“, sagt Tomas Woldrich, Vorstandsmitglied des Österreichischen Kuratoriums für Alpine Sicherheit (ÖKAS).

Die Seilbahnen bringen immer mehr Menschen immer schneller in die Schigebiete.

„Dadurch ist die Dichte höher.

Paradoxerweise zeigen Studien aber, je mehr auf der Piste los ist, desto weniger passiert im Verhältnis“, erklärt Woldrich, der auch Leiter der Abteilung Breitensport im Österreichischen Skiverband (ÖSV) ist. Leere Pisten verleiten eher zu einem riskanten Fahrstil als volle, auf denen wir vorsichtiger fahren.

Auch wenn wir nahezu jede Woche von Todesopfern auf der Schipiste lesen, „im Verhältnis zu anderen Sportarten ist das Schifahren keine Risikosportart, im Lauf der vergangenen 30 Jahre ist es zudem konstant sicherer geworden“, ist Tomas

Woldrich überzeugt. „Jeder einzelne Unfall ist natürlich einer zu viel. Im Zehn-Jahres-Mittel haben wir von Beginn der Schisaison Anfang November bis Ende Jänner zwölf Tote verzeichnet, heuer sind es in



Tomas Woldrich, Kuratorium für Alpine Sicherheit